



# aktuell

Der Newsletter des Deutschen Vereins

**Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Mitglieder des Deutschen Vereins für öffentliche  
und private Fürsorge,**



die fachliche Arbeit des Deutschen Vereins seit der letzten Ausgabe des Newsletters (Februar) konzentrierte sich zum Einen auf die weitere Umsetzung der sogenannten Hartz IV-Gesetzgebung. Zunehmend wird deutlich, dass sich in den Arbeitsgemeinschaften die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und den Agenturen schwierig gestaltet. Dies nicht etwa, weil es am Willen zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit fehlt, sondern vielmehr, weil ganz offensichtlich zwei verschiedene Kulturen aufeinanderstoßen. Die langjährig bundeszentral gesteuerte Organisation der Bundesagenturen und die Strukturen jahrzehntelanger kommunaler Selbstständigkeit und Eigeninitiative reiben sich. Auch ist es noch nicht in ausreichendem Umfang zu den notwendigen Hilfeplanverfahren gekommen – die andere Seite der Medaille des „Forderns und Förderns“. Es besteht die Gefahr, dass insbesondere Jugendlichen die notwendige Aus- bzw. Weiterbildung verwehrt wird, um kurzfristige Vermittlungserfolge zu erzielen. Der Vorstand des Deutschen Vereins hat diesbezüglich interveniert. In Kürze erwarten wir ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Deutschen Vereins und den Spitzenrepräsentanten der Bundesagentur für Arbeit, um über diesen, aber auch andere im Zusammenhang mit der Reform stehende Sachverhalte zu diskutieren.

Die Novellierung des SGB VIII, die in eine Sachverständigen-Anhörung mündet, nahm ebenfalls breiten Raum in der fachlichen Arbeit des Deutschen Vereins ein.

Anhörungen zum Präventionsgesetz und die Diskussion über das Antidiskriminierungsgesetz machten deutlich, dass gut gemeint nicht immer gut gemacht bedeutet. Erneut wurde auch an dieser Stelle klar, dass zwischen den öffentlichen und den freien Trägern nicht immer Übereinstimmung herbeigeführt werden kann.

Der Eigenverlag des Deutschen Vereins ist einige Kooperationsprojekte mit dem Nomos-Verlag eingegangen (Handbuch Sozialhilferecht, Handbuch Sozialrechtsberatung, Compendium Sozialhilferecht) und wird sich bemühen, auch in Zukunft Kooperationen im Sinne der Mitglieder fortzusetzen, die diese Publikationen dann zum günstigeren Mitgliedertarif beziehen können.

Das Jahr 2005 wird den Deutschen Verein wegen der anstehenden Zahlungen aufgrund des Sozialplans (Umzug von Frankfurt nach Berlin) wirtschaftlich stark belasten. Geschäftsstelle und Vorstand sind aber optimistisch, die Probleme in den nächsten zwei Jahren bewältigen zu können. Erfreulich wäre es, wenn es zeitnah gelingen könnte, das Haus in Frankfurt/Main zu veräußern. Ein Vertragspartner für den Kauf ist seit langem gefunden, lediglich die Stadt hat noch Bedenken, die baurechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Wir hoffen, dass es nach nunmehr über 2-jähriger Diskussion für die Stadt Frankfurt/Main möglich sein wird, die Weichen zu stellen – im Interesse eines Vereins, der in diesem Jahr sein 125-jähriges Bestehen feiert.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Michael Löher  
Geschäftsführer des Deutschen Vereins



### Der Vorstand des Deutschen Vereins stellt sich vor ...



#### Dr. Richard Groß

1964 bis 1970  
wissenschaftlicher Assistent, Universität Mainz  
1970 bis 1983  
Referent/stellvertr. Abteilungsleiter, Sozialministerium Rheinland-Pfalz seit 1983  
Landrat, Kreisverwaltung Trier-Saarburg seit 2000  
Mitglied im Vorstand des Deutschen Vereins  
seit 2001  
Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Vereins

### Der Vorstand des Deutschen Vereins stellt sich vor ...



#### Prof. Dr. Richard Hauser

1964 bis 1974  
wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität München  
1974 bis 1977  
Professor an der Technischen Universität Berlin  
1977 bis 2002  
Professor an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt  
seit 1990  
Mitglied im Vorstand des Deutschen Vereins

(Fortsetzung siehe nächste Seite)

### Sitzung des Vorstands des Deutschen Vereins

Am 16. März 2005 tagte der Vorstand des Deutschen Vereins in den Räumen des DV in der Michaelkirchstraße in Berlin. Er hat folgende Stellungnahmen und Empfehlungen verabschiedet, die auf der Website des Deutschen Vereins [www.deutscherverein.de](http://www.deutscherverein.de) unter Empfehlungen/Stellungnahmen/Gutachten abgerufen werden können:

#### *Stellungnahme zu den so genannten Arbeitsgelegenheiten („Zusatzjobs“) für Jugendliche und junge Erwachsene*

Das SGB II sieht vor, dass jedem Jugendlichen sofort nach Antragsstellung auf ALG II eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit angeboten werden soll.

Der Deutsche Verein betont den Vorrang der Ausbildung und warnt vor der Gefahr, dass im Interesse schneller statistischer Erfolge ein zu großes Gewicht auf die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten gelegt wird.

Ziel des Integrationsprozesses ist die Vermittlung arbeitsloser Jugendlicher in den ersten Arbeitsmarkt. Daher fordert der Deutsche Verein, dass die Arbeitsgelegenheiten zur Qualifikation der jungen Menschen beitragen müssen und dass den Jugendlichen alternative Angebote unterbreitet werden.

Die Stellungnahme wurde in Heft 4/2005 des NDV abgedruckt.

#### *Stellungnahme des Deutschen Vereins zur Frühjahrstagung des Europäischen Rates „Zusammenarbeit für Wachstum und Arbeitsplätze – Ein Neubeginn für die Strategie von Lissabon“ KOM (2005) 24*

In seiner Stellungnahme betont der Vorstand des Deutschen Vereins die Bedeutung des sozialen Zusammenhalts in Europa. Er fordert zur Frühjahrstagung des Europäischen Rates in Brüssel konkretere Aussagen zur sozialen Integration benachteiligter Menschen in Europa.

Damit reagiert der Deutsche Verein auf eine Mitteilung der Europäischen Kommission, in der die Lissabonstrategie auf die Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen begrenzt wird. Soziale Sicherung und soziale Integra-

tion treten in den Hintergrund. Es bleibt offen, wie die soziale Integration von Menschen verwirklicht werden kann, die langfristig nicht an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben können.

Die Stellungnahme wird in Heft 5/2005 des NDV veröffentlicht.

#### *Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der gesundheitlichen Prävention*

In seiner Stellungnahme unterstützt der Vorstand des Deutschen Vereins nachdrücklich das Vorhaben, Prävention zu stärken. Der Gesetzentwurf kann hierzu allerdings nur ein erster Schritt sein. Der Deutsche Verein macht deutlich, dass Kommunen und Wohlfahrtspflege im Bereich der Prävention bereits seit langem sehr aktiv sind. Kritisiert wird, dass der Gesetzentwurf mit der Stiftung Prävention eine Bürokratie schafft, die wenig transparent ist.

Die Stellungnahme wird in Heft 5/2005 des NDV veröffentlicht.

#### *Stellungnahme zum Gesetzentwurf einer Änderung des SGB VIII*

Hintergrund des Gesetzentwurfs des Bundesrats ist, dass verstärkt Anstrengungen islamisch geprägter Gruppierungen festzustellen sind, internatsähnliche Betreuungsförmlichkeiten aufzubauen, die eine Abgrenzung von der deutschen Gesellschaft fördern. Mit den vorgeschlagenen Regelungen soll im Rahmen einer Betriebserlaubnis sicher gestellt werden, dass sich diese Einrichtungen an der Integration junger Menschen in Staat und Gesellschaft orientieren.

Der Deutsche Verein begrüßt zwar den Vorstoß, Jugendhilfeangebote noch stärker integrationsorientiert auszurichten. Die jetzigen Möglichkeiten reichen dazu jedoch aus, so dass bundeszentrale Vorgaben entbehrlich erscheinen.

Die Stellungnahme wurde in Heft 4/2005 des NDV abgedruckt.

#### *Empfehlung des Deutschen Vereins zur Schuldnerberatung nach SGB II*

Die Überschuldung einer seit Jahren steigenden Zahl von Haushalten wirkt sich nicht



nur auf die Vermittlung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt aus, sondern hat häufig auch den Verlust des Arbeitsplatzes zur Folge.

Die präventive Schuldnerberatung nach SGB II ist ein Instrument, das für überschuldete Personen wesentlich zum Erhalt des Arbeitsplatzes beitragen kann. Allerdings sollte aus Sicht des Deutschen Vereins eine Schuldnerberatung nur dann in die Eingliederungsvereinbarung aufgenommen werden, wenn die betroffene Person den Willen erkennen lässt, auch selbst zur Verbesserung der eigenen Situation beitragen zu wollen. Eine erzwungene Schuldnerberatung erreicht in der Regel nicht die notwendige Bereitschaft zur Mitwirkung durch die überschuldete Person.

Die Empfehlung wird im NDV-Heft 5/2005 veröffentlicht.

*Forderung nach weiteren Gesprächen zur Umsetzung von Hartz IV*

Seit Jahresbeginn wird bei der von Hartz IV vorgesehenen Zusammenarbeit zwischen

Kommunen und den Agenturen für Arbeit immer deutlicher, dass es in den Job-Centern wegen mangelhafter personeller Ausstattung der Arbeitsgemeinschaften, Unklarheiten bei der Ausweisung des Budgets für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und faktischer Weisungsdurchgriffe aus Nürnberg und den Regionaldirektionen zu Reibungsverlusten kommt.

Daher hält der Deutsche Verein einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, der Bundesagentur, den Bundesländern und den kommunalen Spitzenverbänden für dringend notwendig.

In einem Schreiben an das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und an die Bundesagentur für Arbeit warnt der Deutsche Verein vor dem Scheitern von Hartz IV, sollte die Zusammenarbeit von Kommunen und Agenturen für Arbeit in den Arbeitsgemeinschaften nicht besser werden.

Die Vorlage wurde im NDV-Heft 4/2005 veröffentlicht.

## Der Vorstand des Deutschen Vereins stellt sich vor ...

*(Fortsetzung von Seite 2 – Richard Hauser)*

1990 bis 1993  
Ständiger besonderer Vorstands-ausschuss des Deutschen Landesausschusses des Internationalen Rates für soziale Wohlfahrt 1991 bis 2003  
Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Vereins  
1996 bis 2002  
Mitglied im Arbeitskreis „Sozialrecht und Sozialpolitik in der Europäischen Union“ seit Sept. 2002  
Emeritierung



**Dr. Helga Henke-Berndt**

seit 1991  
Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Vereins  
seit 1994  
Mitglied im Vorstand des Deutschen Vereins  
seit 1995  
Landesrätin a. D.

## Sozialpolitisches Gespräch mit dem Sozialverband Deutschland (SoVD)

In der Bundesgeschäftsstelle des SoVD in Berlin trafen sich am 7. April SoVD-Präsident Adolf Bauer und der Geschäftsführer des Deutschen Vereins Michael Löher zu einem Gespräch über sozialpolitische Fragen. Beide waren sich darin einig, dass eine Fortentwicklung der sozialen Sicherungssysteme notwendig ist, diese jedoch stets im Zeichen der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit stehen muss. Erörtert wurden auch die Umsetzung der Hartz-Ge-

setze und die aktuellen Reformbestrebungen im Bereich der sozialen Pflegeversicherung. Im Hinblick auf die Vorlage des Gesetzentwurfs für ein Präventionsgesetz bestand Einigkeit, dass die Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe durchgreifend gestärkt und ausgebaut werden muss. Adolf Bauer und Michael Löher beschlossen für die Zukunft einen intensiveren Informationsaustausch. Der Dialog soll fortgesetzt werden.



**Adolf Bauer (SoVD-Präsident) und Michael Löher (Geschäftsführer des Deutschen Vereins).**



## Personalien

In den Monaten Februar bis April hat es beim Deutschen Verein folgende Personalveränderungen gegeben:

### Neu im Deutschen Verein sind:

**Heike Hoffer:** Referentin im Arbeitsfeld IV „Altenhilfe, Pflege, Rehabilitation, Gesundheit“

**Dr. Andreas Kuhn-Friedrich:** Referent im Arbeitsfeld I „Planung, Steuerung und Qualifizierung der sozialen Arbeit und der sozialen Dienste“

**Maria-Theresia Münch:** Referentin im Arbeitsfeld II „Kindheit, Jugend, Familie, Gleichstellung“

**Antje Welke:** Referentin im Arbeitsfeld IV „Altenhilfe, Pflege, Rehabilitation, Gesundheit“

### Aus dem Deutschen Verein ausgeschieden sind:

**Jens Kretzschmar, Uta Loke** und **Sigrid Schülke.**

### Impressum:

Redaktion:  
Petra Markus, Berlin  
Tel.: (030) 6 29 80-5 17,  
E-Mail: markus@deutscher-verein.de

Deutscher Verein  
für öffentliche und private Fürsorge

Geschäftsstelle:  
10179 Berlin-Mitte,  
Michaelkirchstr. 17/18,  
Tel. Sammel-Nr. (030) 6 29 80-0  
Fax: (030) 6 29 80-1 50

www.deutscher-verein.de

Bankkonto: Deutsche Bank 7233943  
(BLZ 100 700 00).

Gesamtherstellung:  
Druckerei Joh. Walch, Im Gries 6, 86179 Augsburg

Veröffentlicht mit Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

## Wettbewerb im sozialen Leistungsgeschehen

Die Kostenträger und die Freie Wohlfahrtspflege gestalten den Prozess der Leistungserbringung zu Gunsten von hilfebedürftigen Menschen seit jeher gemeinsam. Die rechtliche Ausgestaltung der Leistungsbeziehungen ändert sich jedoch. Vor diesem Hintergrund hat der Vorstand des Deutschen Vereins am 25. Januar 2005 den Workshop „Neugestaltung der Leistungsbeziehungen unter Berücksichtigung wettbewerblicher Verfahren“ durchgeführt. Namhafte Wissenschaftler wie Dr. Hans-Joachim Prieß, Prof. Volker Neumann und Prof. Ulrich Becker haben dem Vorstand notwendige und erwünschte Informationen vermittelt. Die gesammelten Fachvorträge werden im Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit (Heft 3/2005) publiziert. **Vorbestellungen: Tel. 030-62980-521; E-Mail: markus@deutscher-verein.de.**

Die Teilnehmerzahl des Workshops war auf rund 30 Personen begrenzt. In einer Fachtagung, die allen offen steht, wird sich der DV am 31. Mai 2005 der Thematik noch einmal annehmen (**Anmeldungen bis zum 10. Mai: Tel. 030-62980-605, -606; E-Mail: veranstaltungen@deutscher-verein.de**).

## Fachtagung „Neue Betreuungs- und Wohnformen und Heimgesetz“

Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat der Deutsche Verein am 24. und 25. Februar in Berlin eine Fachtagung durchgeführt, die mit rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr gut besucht war. Die Teilnehmer(innen) kamen überwiegend aus den Heimaufsichtsbehörden, aber auch aus Einrichtungen, Verbänden und aus Kreisen der Betroffenen. Sie haben auf der Fachtagung einerseits Hinweise zur Anwendung und Auslegung des Rechts gewonnen. Andererseits wurde deutlich, dass die vielfältigen Erscheinungsformen neuer Betreuungs- und Wohnformen kaum abschließend und einheitlich eingeordnet werden können. Das BMFSFJ wird das Heimgesetz daraufhin prüfen müssen, inwieweit es die Entstehung und Fortführung neuer Wohn- und Betreuungsformen behindert und wie dem – gegebenenfalls mit gesetzgeberischen Schritten – abgeholfen werden kann.

## Veranstaltungen

Übersicht der Fachtagungen und Seminare des Deutschen Vereins bis Ende September 2005:

4. bis 6. Juli 2005 Ort: Bonn  
F 228/05

### Fachgruppe Öffnungskonzepte in Kindertageseinrichtungen

12. bis 14. September 2005 Ort: Berlin/Wannsee  
F 260/05

### Maßnahmen und Projekte zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie

14. bis 16. September 2005 Ort: Berlin/Wannsee  
F 268/05

### Das Unterhaltvorschussgesetz auf dem Prüfstand

19. bis 21. September 2005 Ort: Berlin  
F 429/05

### Podium 2005: Aktuelle Entwicklungen in der Altenhilfe

20. bis 24. September 2005 (1. Seminar)  
Ort: Steinbach b. Frankfurt a.M.

A 17/187/05

### Fallmanagement in der Beschäftigungsförderung und im Sozialwesen

21. bis 23. September 2005  
Ort: Gültstein b. Stuttgart  
F 342b/05

### Die Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) in der Praxis

21. bis 23. September 2005 Ort: Berlin  
F 443/05

### Erste Erfahrungen mit dem Zweiten Betreuungsrechtsänderungsgesetz

26. bis 28. September 2005 Ort: Berlin/Wannsee

F 340/05

### Fallmanagement in der Praxis der Jobcenter

28. bis 29. September 2005 Ort: Erfurt  
F 650/05

### Umsetzung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien II – der Bereich Alters- und Behindertendiskriminierung

29. bis 30. September 2005 Ort: Bonn  
F 337/05

### Fachliche und sozialpolitische Entwicklungen in der Schuldnerberatung – Forum 2005

Weitere Informationen wie Kurzbeschreibungen der Veranstaltungen und Preise erhalten Sie auf der Homepage des Deutschen Vereins: [www.deutscher-verein.de/portal/veranstaltungen/011-veranstaltungen2005](http://www.deutscher-verein.de/portal/veranstaltungen/011-veranstaltungen2005) oder über das Veranstaltungsmanagement: Tel. (030) 62980-605, -606; E-Mail: [veranstaltungen@deutscher-verein.de](mailto:veranstaltungen@deutscher-verein.de)

Online-Anmeldungen sind möglich.